

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der **13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus** des Rhein-Sieg-Kreises am **13.09.2018**:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	--	--
1.	Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 06.06.2018	anerkannt	--
1.1.	Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	AWT 26/14	einstimmig S. 5
2.	Einwohnerfragestunde	--	--
3.	Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises und der Bundesstadt Bonn	Kenntnisnahme	--
4.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.08.2018: Bericht der IHK / Einladung der IHK in den Ausschuss	Zustimmung zum Antrag	einstimmig
4.1.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 03.09.2018: Bekämpfung der Schwarzarbeit im Rhein-Sieg-Kreis	Zustimmung zum Antrag	einstimmig
5.	Einrichtung einer Geschäftsstelle Bonn/Berlin	vertagt in die Haushaltsberatungen	einstimmig
6.	Aufbau eines „Cybersicherheits-Clusters Bonn“; hier: Mitgliedschaft im neu zu gründenden Verein	vertagt in die Haushaltsberatungen	einstimmig
7.	Fortführung der Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg	AWT 27/14	einstimmig S. 13
8.	Sachstand REGIONALE 2025	Kenntnisnahme	--
9.	Mitteilungen und Anfragen		
9.1.	Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und Grüne vom 12.07.2018: Metropolregion Rheinland e.V.	Kenntnisnahme	--
9.2.	Ergebnisse der Umfrage zu kommunalen Online-Stadtportalen im Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	--
9.3.	Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises in die Naturarena Bergisches Land GmbH	Kenntnisnahme	--
9.4.	Sachstand Breitband	Kenntnisnahme	--

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
10.	Nichtöffentlicher Teil Mitteilungen und Anfragen	--	--

Folgende Beschluss-Empfehlung fällt in die Zuständigkeit von KA/KT:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
3.	Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises und der Bundesstadt Bonn	Kenntnisnahme	--
7.	Fortführung der Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg	AWT 27/14 Empfehlung an KA; Zustimmung zur Fortführung der Regionalagen- tur	einstimmig S. 13

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der **13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus** des Rhein-Sieg-Kreises am **13.09.2018**:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:55 Uhr
Ort der Sitzung: B 1.12
Datum der Einladung: 03.09.2018
Einladungsnachtrag vom: 06.09.2018 Nachtrag 1 TOP 4.1
 07.09.2018 Nachtrag 2 TOP 1.1

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Renate Becker-Steinhauer
 Herr Björn Franken
 Herr Franz Gasper Vertretung für KTA Klaus Döhl
 Frau Silke Josten-Schneider Vertretung für KTA Martin Schenkelberg
 Frau Notburga Kunert Vertretung für KTA Oliver Baron; bis 17:40 Uhr

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Gisela Becker
 Herr Paul Lägel
 Frau Ursula Studthoff
 Herr Achim Tüttenberg bis 17:05 Uhr

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Burkhard Hoffmeister
 Herr Ingo Steiner Vertretung für KTA Wilhelm Windhuis

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Uwe Fröhling bis 17:35 Uhr
 Herr Peter Siegmund bis 17:25 Uhr
 Frau Helga Trimborn Vertretung für SkB Norbert Nettekoven

Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Herr Patrick Brumm Vertretung für KTA Richard Ralfs

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Jürgen Peter

Sachkundige/r Bürger/innen FUW/Piraten

Herr Harald Felix Chillingworth

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Herr Arvid Ellenberger

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Jakob Esser Vertretung für SkB Wolfgang Straub

Entschuldigt fehlten:Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Oliver Baron

Herr Klaus Döhl

Herr Martin Schenkelberg

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Joline Piel

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Wilhelm Windhuis

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Dano Himmelrath

Herr Norbert Nettekoven

Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Herr Dr. Richard Ralfs

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Dr. Wolfgang Straub

Vertreterinnen der Verwaltung:

Herr Dr. Hermann Tengler	Leiter des Referates Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung
Frau Brigitte Kohlhaas	Fachbereichsleiterin Wirtschaftsförderung/Tourismus und Verwaltung
Frau Gabriele Strüwe	Fachbereichsleiterin Regionalplanung und Strategische Kreisentwicklung
Frau Ines Barczewski	Fachbereich Wirtschaftsförderung/Tourismus/Verwaltung
Frau Carmen Döhnert	Fachbereich Wirtschaftsförderung/Tourismus/Verwaltung
Frau Sabrina Christ	Fachbereich Regionalplanung und Strategische Kreisentwicklung
Herr Marvin Klein	Fachbereich Wirtschaftsförderung/Tourismus/Verwaltung
Herr Stephan Lorenz	Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg
Frau Gisela Jacob	Schritfführerin

Gäste:

Herr Dominik Geyer, Planungsbüro Dr. Jansen GmbH

Presse

13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	--	--

Die sv. Vorsitzende, Abg. Becker, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die 13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus (AWT).

Sie stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung, die Versendung der Nachträge 1 und 2 sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht. Die Tagesordnung gilt als angenommen.

Abg. Hoffmeister gab zur Kenntnis, dass die Anträge der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 27.06.2018 „Stabstelle Förderungsakquise und Fristenmanagement einrichten“ sowie der Kreistagsfraktion CDU/DIE GRÜNEN vom 20.07.2018 „Der Rhein-Sieg-Kreis richtet eine Personalstelle für die kreisweite Fördermittelkoordination ein“ zunächst im Rahmen der Haushaltsberatungen AWT/PA/FA/KA/KT beraten werden müssen. Die Fraktionen hätten diese Entscheidung akzeptiert.

1	Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 06.06.2018	
---	---	--

Die sv. Ausschussvorsitzende, Abg. Becker, stellte fest, dass keine Einwände erhoben wurden. Die Niederschrift gilt damit als anerkannt.

1.1	Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	
-----	---	--

B.-Nr. **Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus bestellt Frau Kreisamtsrätin Gisela Jacob zur stellvertretenden Schriftführerin für die 13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus.**
AWT
26/14

Abst.- **einstimmig**
Erg.:

2	Einwohnerfragestunde	
---	----------------------	--

Für diese Sitzungen lagen keine Einwohnerfragen vor.

13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

3	Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises und der Bundesstadt Bonn	
---	---	--

Herr Dr. Tengler führte aus, dass das Thema Gewerbeflächen schon mehrfach im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus behandelt worden sei. Seit Mitte letzten Jahres liege das Gewerbeflächenkonzept für den Rhein-Sieg-Kreis vor. Kurze Zeit später sei auch das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Bonn fertiggestellt worden. Im Rahmen eines Spitzengesprächs bei der Bezirksregierung, an dem Landrat Schuster, Oberbürgermeister Sridharan der Stadt Bonn, Bürgermeister Raetz (als Sprecher der Bürgermeister des Rhein-Sieg-Kreises) sowie Herr Dr. Tengler (Wirtschaftsförderer Rhein-Sieg-Kreis) teilgenommen hätten, sei vorgeschlagen worden, beide Konzepte zusammenzuführen. Zielsetzung war, dass Flächen, die in Bonn benötigt, dort aber nicht dargestellt werden könnten, nicht entfallen, sondern dem Rhein-Sieg-Kreis und dann als interkommunale Gewerbegebiete der jeweiligen Standortkommunen im Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn entwickelt werden. Damit würde die Voraussetzung geschaffen, dass auch Betriebe und die Arbeitsplätze, die in Bonn nicht gehalten werden können, in der Region bleiben.

Herr Geyer, vom Planungsbüro Dr. Jansen GmbH, führte aus, dass die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis Schwierigkeiten hätten, den Betrieben die gewünschten Gewerbeflächen zur Verfügung stellen zu können, obwohl nach den Ausweisungen der bestehenden Regionalplanung bzw. dem Flächennutzungsplan genügend Flächen disponiert seien. Aus diesem Grund wurden die festgeschriebenen Flächen auf tatsächlichen Bestand geprüft und aufgenommen. Hieraus sollte sich ergeben, wo die Flächenreserven liegen, welche Nutzungen geplant und wie disponibel die Flächen sind. Im Ergebnis habe sich gezeigt, dass die Flächen weitgehend nicht im Eigentum der Wirtschaftsförderung oder der Kommunen stehen; es handele sich um private Flächen, über die nicht verfügt werden könne, weil die Eigentümer eine andere Verwendung planten. Dadurch fehlten natürlich große Mengen Flächen, die zwar zeichnerisch dargestellt, faktisch aber nicht verfügbar seien.

Hinzu käme, dass sich die Reserven aus einer Vielzahl kleiner und Kleinstflächen aufaddiert hätten. Sehr kritisch sei es mit diesen Flächen im östlichen Rhein-Sieg-Kreis. Die Kommunen mit Industrieprofilen, z.B. Eitorf, benötigten natürlich großzügig zusammenhängende Industrieflächen. Dieser Widerspruch zwischen der ausgewiesenen Planung und dem tatsächlichen Bedarf musste ausgeräumt werden. Mit Blick auf den in der Neuaufstellung befindlichen Regionalplan stand die Suche nach neuen Flächen im Vordergrund. Denn nur, wenn die Neuausweisung von Gewerbe- oder Industrieflächen im Regionalplan gelingen würde, könne dies in die kommunale Bauleitplanung eingehen. In Abstimmung mit allen zu beteiligenden Fachbereichen wurden sämtliche Schutzregimes (Umwelt, Natur, Soziales, Wohnen, Mobilität) übereinandergelegt. Im Ergebnis blieben dann einige Suchräume (sog. „Weißflächen“) übrig, über die dann ggf. disponiert werden könnte im Hinblick auf eine aufbauende gewerbliche Entwicklung. Diese „Weißen Flecken“ wurden in Abstimmung mit den Kommunen und der Bezirksregierung bereit, um festzustellen, unter welchen Prämissen diese Flächen einer Entwicklung zugeführt werden könnten. Die Ergebnisse sind im Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises dokumentiert.

Von Seiten der Stadt Bonn wurde die gleiche Problemstellung an das Planungsbüro herangetragen. In Bonn sei jedoch die Flächenverfügbarkeit noch dramatischer. Bonn sei kein Standort, der Industrieflächen beherberge, sondern die Industrieflächen unterlägen großer Nutzungskonkurrenz. Frei werdende Flächen würden nicht unbedingt wieder der bisherigen Nutzung zugeführt, sondern als Dienstleistungsstandort genutzt oder dem Wohnen zugeführt. Bonn verliere sukzessive sein Indust-

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

rieprofil. Hinzu käme, dass die Arbeitnehmer nicht, jedenfalls nicht über eine große Entfernung, dem Betrieb folgten, was bis zur Arbeitslosigkeit führen könne.

Gleichwohl werde die Stadt Bonn immer noch als „wohlhabende Stadt“ bewertet. Es gebe aber eine starke Polarisierung. Für das soziale Gefüge in der Stadt Bonn und in der Region sei es sehr wichtig, die industriellen Arbeitsplätze zu halten. Fehlende Flächenreserven für Industriebetriebe würden sich noch dramatischer auswirken als für den Rhein-Sieg-Kreis.

Mit der Bezirksregierung sei daher vereinbart worden, beide Konzepte zu einem Fachgutachten zusammen zu führen. Hierbei sei festgestellt worden, dass die Stadt Bonn einen größeren Auslagerungsbedarf habe. Es stelle sich die Frage, wo im Rhein-Sieg-Kreis diese Komplementärfunktion, den regionalen Bedarf, der sich aus dem Standort der Stadt Bonn ergebe, übernommen werden könne.

Im Osten des Rhein-Sieg-Kreises bestehe leider die Situation, dass dort aufgrund der Topografie und der Schutzregime kaum die Möglichkeit bestehe, die Kommune mit ihrem eigenen Bedarf zu bedienen.

Im mittleren Rhein-Sieg-Kreis verhalte es sich ähnlich. Die Stadt Troisdorf sei extrem industriell profiliert und löse damit natürlich auch Industriebedarf aus, der auch nicht mehr im eigenen Gebiet gedeckt werden könne. Deshalb sei eine interkommunale Abstimmung mit der Stadt Niederkassel begonnen worden.

Im südlichen Rhein-Sieg-Kreis gebe es aufgrund der topographischen Tallage kaum Erweiterungsmöglichkeiten. In Sankt Augustin gebe es noch Flächen, die zusammen mit Bonn organisiert werden könnten.

Tatsächlich könne jedoch nur der linksrheinische Teil des Rhein-Sieg-Kreises für die interkommunale Zusammenarbeit eine nennenswerte Rolle spielen. Es müsse ein abgewogener regionaler Ausgleich stattfinden, wie die Betriebe in der Region gehalten werden können. Im gemeinsamen Fachgutachten sind die Grundlagen für die interkommunale Zusammenarbeit definiert und mit den Kommunen abgestimmt worden. Jetzt werden Grundsätze erarbeitet, wie diese Flächen genutzt, hergerichtet und welche Aufteilungsmodalitäten gefordert werden. Zurzeit liefen bereits Gespräche zwischen der Stadt Rheinbach, der Stadt Bonn und der Bezirksregierung um Aufnahme von neuen Flächennutzungen in den Regionalplan.

Abschließend wies Herr Geyer darauf hin, dass die Bauleitplanung in der Zuständigkeit der Kommunen liege. Ob diese Flächen dann aus dem Regionalplan in die jeweilige kommunale Planung übernommen würden, liege allein in der hoheitlichen Zuständigkeit der jeweiligen Kommune. Den Kommunen sei ein Entwicklungsrahmen eröffnet worden, der es erlaube, Betriebe, die sich weiterentwickeln wollen, zu halten.

Herr Dr. Tengler ergänzte, dass er eine Aussage der Regierungspräsidentin wiedergegeben dürfe: Ihres Wissens sei der Rhein-Sieg-Kreis die erste Gebietskörperschaft in Nordrhein-Westfalen, die mit der regionalen/interkommunalen Zusammenarbeit Pionierarbeit geleistet habe. Diese Aussage sei auch vom Wirtschaftsminister bestätigt worden. Bisher sei noch keine solche Kooperation gestartet worden.

Abg. Hoffmeister bedankte sich für die fachliche Ausführung von Herrn Geyer. Es sei ein großer Fortschritt. In 2016 hätten DIE GRÜNEN gegenüber der Stadt Bonn formuliert „alles was stinke und viel Fläche verbrauche, schwappe rüber in den Rhein-Sieg-Kreis“. Diese Aussage treffe nicht mehr zu, was auch den Ausführungen von Herrn Geyer zu entnehmen sei.

Ihm habe jedoch folgendes gefehlt: Bonn veredele seine Flächen, aus Industriegelände werde Dienstleistung oder Wohnnutzung. Allerdings könnte der Rhein-Sieg-Kreis aufgrund seiner Kompetenzen auch veredeln, indem Gewerbegebiete neuen

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Typs geschaffen werden, die sehr radikale Zäsur zwischen Wohnen und Gewerbe aufgebrochen werde, eigene Mobilitäts- und Energiekonzepte erstellt und umgesetzt werden. Zudem sollten Gewerbegebiete ein anderes Qualitätsbild zeigen. Dann würden sie für Investoren attraktiver, aber auch für Kommunen.

Abg. Josten-Schneider dankte Herrn Geyer für die Vorstellung des Fachbeitrages. Das Thema sei nach wie vor aktuell und sowohl für die Stadt Bonn als auch für den Rhein-Sieg-Kreis und die gesamte Region von großer Bedeutung. Denn alle hätten eine Verantwortung gegenüber der heimischen Wirtschaft und den Familien, die ihren Arbeitsplatz hier vor Ort hätten. Die Verantwortung für die Menschen in der von Gewerbe/Industrie geprägten Region gebiete es, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass die für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Region wichtigen Ansiedlungen bzw. Erweiterungen und natürlich auch die Erhaltung von Betrieben auch stattfinden könne. Ein wichtiges Anliegen sei es aber auch für sie als Politikerin des Stadtrates und nicht nur als Mitglied des Kreistages, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit der Kommunen bzw. der Stadträte handele und damit vor Ort Verantwortung bestehe.

SkB Peter bedankte sich herzlich für dieses Gutachten und die eingebrachten Ideen. Die Aussagen des Abg. Hoffmeister seien ein wichtiger Ansatz. Es stellten sich aber noch eine ganze Reihe von Fragen: Wie verhalte es sich mit einer Flächenneuordnung, damit sog. Handtuchgrundstücke zu einer nutzbaren Fläche zusammengeführt werden können? Eine weitere Frage sei, ob die durchgeführte Untersuchung nicht einem anderen Ansinnen widerspräche, dass eben im Rahmen eines Flächennutzungsplans oder eine Überplanung des ländlichen Gebiets möglichst ein zusätzlicher Flächenverbrauch vermieden werden soll? Wenn große Grundstücke bestünden, die industrielle Interessen bedienen sollen, dann müsse die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden. Gibt es hierzu Ideen, wie diese Infrastrukturkosten/Unterhaltungskosten in die Diskussion eingebracht werden könnten? Habe man sich Gedanken darüber gemacht, wie Gewerbesteueraufteilungen erfolgen sollen? Welche Abstimmungen sind möglich/schon getroffen worden, denn immerhin werde in das kommunale Selbstverwaltungsrecht eingegriffen? Abschließend sei erwähnt, dass das Ansinnen, die größtmöglichen Synergien zu ziehen, begrüßt werde.

Herr Geyer antwortete, dass das Thema Flächenneuordnung natürlich eine wesentliche Rolle spiele. Aber es sei auch festgestellt worden, dass die Brachflächen nicht immer ohne Grund brach liegen. Oft stimmten die Standortfaktoren nicht mehr, weil die eine oder andere Altlast bestehe oder Eigentumsverhältnisse sehr schwierig zu ermitteln seien. Hier sei ein hoher Verwaltungsaufwand erforderlich. Eigentlich müsse ein Zwischenhändler eingeschaltet werden, der die Flächen erwerbe, sie aufbereite und dann wieder auf dem Markt anbiete.

Hier sei die Landesregierung zu kritisieren, die nicht ausreichend Mittel disponiere, um dieses Thema wirklich nachhaltig anzugehen. Es bestehe zwar eine Reihe von Förderprogrammen. Diese könnten jedoch wegen der kurzen Förderperiode nur für bestehende Flächen in Anspruch genommen werden. Zudem sei damit ein großer bürokratischer Aufwand verbunden, den die Kommunen nicht noch nebenbei leisten könnten.

In Bezug auf die angesprochene Infrastruktur bestätigte Herr Geyer die Aussage, dass eine funktionierende Infrastruktur unabdingbar sei. Gleichwohl müsse man immer gegenrechnen, was passiert, wenn hier nicht nachgebessert wird, wenn der Betrieb wegzieht, weil er sich nicht erweitern könne. Hier müsse bedacht werden, dass mit dem Betrieb natürlich auch Arbeitnehmer und ihre Familien wegziehen, Gewer-

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

besteuer und andere Einnahmen wegbrechen. Insoweit stehe bei diesen Überlegungen nicht das Aufrechnen im Vordergrund, sondern die Entscheidung, was verliere ich als Kommune mit dem Wegzug einer Firma.

Zum Stichwort „Flächenfraß“ führte er aus, dass dies über die Erschließung (Kosten) geregelt werden könne. Natürlich müssten aber auch weitere Flächen in Anspruch genommen werden.

Abg. Lägel dankte zunächst für die guten Ansätze des Konzeptes und fragte nach dem „Wie geht es weiter?“. Aus der Presse sei zu erfahren gewesen, dass es konkrete Empfehlungen der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen Sankt Augustin-Bonn bzw. Bonn-Rheinbach gebe. Hat das Planungsbüro hierauf Einfluss oder sei dies nur Angelegenheit der Kommunen?

Herr Geyer bemerkte hierzu, dass zurzeit in Alfter geprüft werde, wie eine Zusammenarbeit umgesetzt werden könne. Der nächste Schritt werde Rheinbach sein. Die Zusammenarbeit müsse stetig wachsen und sich aus den gemachten Erfahrungen entwickeln.

Herr Dr. Tengler wies darauf hin, dass die Entscheidung, wie und ob dieses gemeinsame Gewerbeflächenkonzept umgesetzt werde, allein in der Zuständigkeit der Kommunen liege. Man habe den Kommunen in diesem Konzept mögliche Strategien und Lösungsansätze aufgezeigt.

Abg. Hoffmeister betonte, dass Flächenfraß statfinde und verwies beispielhaft auf einen Discounter, der grundsätzlich eingeschossig baue mit weiträumigen Parkplatz sowie großzügigen Freiräumen. Hier sei ein anderes Denken erforderlich, welches durch die neuen Ansätze im vorgelegten Gutachten unterstützt werde. Deshalb sei dies schon beim Aufbau eines Gewerbegebietes zu beachten. Jede Fläche steht in Konkurrenz zwischen Wirtschaft, Natur und Mensch. Dass dieses Nebeneinander/Miteinander gut funktionieren könne, zeige das Beispiel Freiburg. Dort bestehe Dienstleistung, Wohnen und Gewerbe auf engstem Raum. Er empfehle jedem Beteiligten, sich diesen Standort einmal anzusehen, um den Anforderung der interdisziplinären Zusammenarbeit standhalten zu können. Seine Fraktion wolle diese Verantwortung aktiv unterstützen und mittragen.

Diese Aussage unterstrich die sv. Vorsitzende, Abg. Becker, denn es gehe auch um die Menschen und die Sicherung der Arbeitsplätze.

Abg. Kunert ergänzte hierzu, dass auch die Auspendler zu berücksichtigen seien.

SkB Esser bedankte sich für die Vorstellung des Konzeptes. Er merkte an, dass die Gemeinde Windeck über ein großes Gewerbegebiet verfüge. Windeck habe es jedoch schwer, Gewerbe anzusiedeln. Er fragte, ob es für Windeck spezielle Überlegungen gäbe.

Herr Geyer antwortete, dass die Gemeinde Windeck kein gewerbliches Profil habe, sondern tatsächlich ein landschaftsbezogenes bzw. touristisches Profil. Dennoch seien auch für Windeck die Erhaltung und der Ausbau gewerblicher Arbeitsplätze wichtig, allerdings seien viele Standortfaktoren (Anbindung, Erreichbarkeit) nicht optimal.

Die Ausführungen von Herrn Geyer wurden zur Kenntnis genommen.

13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Anmerkung der Schriftführerin: Aus Kostengründen werden das „Gewerbeflächenkonzept 2035 für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises“ und das „Gemeinsame Fachgutachten Gewerbe- und Industrieflächen Bonn und Rhein-Sieg-Kreis“ ausschließlich der digitalen Niederschrift im Kreisinformationssystem beigelegt sowie auf der Internetseite (www.rhein-sieg-kreis.de) eingestellt.

4	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.08.2018: Bericht der IHK / Einladung der IHK in den Ausschuss	
---	---	--

Abg. Lägele begründete den Antrag seiner Fraktion, den veröffentlichten Bericht der Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg als Tagesordnungspunkt in die nächste Ausschusssitzung aufzunehmen. Hier bestünde dann die Möglichkeit, einzelne Themen des Berichts mit einem hinzugeladenen Vertreter der IHK und bei Bedarf einem Vertreter der Handwerkskammer zu diskutieren und zu erörtern.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, den Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg regelmäßig zeitnah auf die nächste Tagesordnung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus zu setzen und einen Vertreter der Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg einzuladen. Bei Bedarf wird ggf. auch ein Vertreter der Handwerkskammer eingeladen.

Abst.- einstimmig
Erg.:

4.1	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 03.09.2018: Bekämpfung der Schwarzarbeit im Rhein-Sieg-Kreis	
-----	---	--

SkB Peter begründet diesen Antrag mit der Aussage, dass zurzeit eine wunderbar laufende Konjunktur bestehe. Es dürfe aber nicht das politische Ziel vergessen werden, sichere Arbeitsplätze zu gestalten und diese auch beizubehalten. Dazu gehöre auch, dass man sich mit der Bekämpfung von Schwarzarbeit beschäftige. Die zuständige Stelle sei hier im Kreis angesiedelt. Es sei von Interesse, was von Seiten des Kreises in Bezug auf die Schwarzarbeit unternommen werde. Aber auch welche Betrachtung auf die beschäftigten Firmen, die vom Kreis beauftragt wurden, betrieben werde. Er erinnere daran, dass vor einem Jahr eine Anfrage von der FDP zu diesem Thema kam. Die Fraktion wolle das Thema noch einmal aufgreifen, was auch schon mit der damaligen Anfrage angesprochen wurde.

Abg. Steiner begrüßte den Antrag der FDP-Fraktion. Vor dem Hintergrund, dass er sich zu Beginn seiner Kreistagstätigkeit mit dem Thema bzw. der Arbeitsgruppe Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit ausgetauscht habe, sei es sicher interessant, mehr über die Arbeitsweise zu erfahren.

Die sv. Vorsitzende, Abg. Becker führte aus, dass es ein interessanter Antrag sei, der auch von ihrer Fraktion unterstützt werde.

Abg. Josten-Schneider schloss sich für ihre Fraktion ebenfalls dem Antrag an.

SkB Peter bedankte sich für die positiven Reaktionen. Er wies daraufhin, dass er im Vorfeld mit dem zuständigen Dezernenten, Herrn Jaeger, bereits gesprochen habe. Als Ergebnis habe Herr Jaeger zugesagt, im nächsten AWT zum angesprochenen

13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Thema zu berichten und für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vertreterin/einen Vertreter der Arbeitsgruppe Schwarzarbeit zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus (22.11.) einzuladen. Das Referat Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung wird aus seiner Sicht ebenfalls zur Thematik Stellung nehmen.

Abst.- einstimmig
Erg.:

5	Einrichtung einer Geschäftsstelle Bonn/Berlin	
---	---	--

Herr Dr. Tengler verwies zunächst auf die Vorlage. Es komme jetzt darauf an, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung getroffene Zusage, mit der Region Bonn sowie den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine vertragliche Zusatzvereinbarung zum Bonn/Berlin-Gesetz zu schließen, einzufordern und umzusetzen.

Abg. Läger nimmt die Entscheidung seiner Fraktion vorweg. Seine Fraktion werde der Einrichtung einer Geschäftsstelle zustimmen. Auf dem ersten Blick sei die Vorlage einleuchtend und plausibel. Gleichwohl bestehe Klärungsbedarf: Seit Februar 2016 bestehe eine Arbeitsgruppe, die das Thema Bonn/Berlin-Beschluss umsetze bzw. weiter entwickle. Soll die Geschäftsstelle die gleichen Arbeitsfelder bearbeiten, handele es sich nur um eine „Umbenennung“, die den Rhein-Sieg-Kreis aber mit gut 100.000 € belaste? Woraus ergeben sich die genannten Sachkosten? Woran orientiere sich die Auswahl der unterschiedlichen Dienstgrade: Bonn höherer Dienst; Rhein-Sieg-Kreis gehobener Dienst und Rheinland-Pfalz mittlerer Dienst; wurde das nach der Größe der Kommune ausgerichtet?

SkB Peter begrüßte die Initiative sehr, weil damit sichergestellt werde, dass nicht, wie in den vergangenen Jahren, dieses Konfliktpotential aus den Augen verloren werde. Es erfolge eine kontinuierliche Behandlung des Themas, welches jetzt aus dem politischen Raum in einen administrativen Raum verlagert worden sei. Allerdings sei der Kostenrahmen auf Skepsis gestoßen.

Abg. Josten-Schneider unterbreitete den Vorschlag, eine abschließende Entscheidung in die nächste AWT-Sitzung zu verschieben. Zunächst solle im Rahmen der anstehenden politischen Haushaltsberatungen das Thema behandelt werden. Die Verwaltung habe Gelegenheit, entsprechend den Fragen die genannten Ausgaben zu belegen.

Abg. Steiner wies darauf hin, dass aufgrund einer bestehenden Vereinbarung Haushaltsbeschlüsse im Rahmen der Haushaltsberatungen zu fassen seien. Die Einrichtung einer Geschäftsstelle werde nicht verneint. Es müsse jedoch ein konkretes Konzept vorgelegt werden. In Bezug auf die Besetzung der Geschäftsstelle stellte er fest, dass dies auf Augenhöhe erfolgen müsse, damit ein gerechter Ausgleich aller Interessen erfolgen könne. Insoweit müsse hier noch nachgearbeitet werden.

Herr Dr. Tengler betonte, dass das Thema Bonn-Berlin von herausragender Bedeutung sei. Er habe vor gut zwei Jahren ein kleines Gutachten erarbeitet. Dies hatte zum Ergebnis, dass nach wie vor ca. 30.000 Arbeitsplätze betroffen seien. Für die Region sei es außerordentlich wichtig, dass im Ergebnis diese Arbeitsplätze gesi-

13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

chert und mit den geschaffenen Kompetenzen weiter ausgebaut werden können. Aus diesem Grunde sei ein gewisser Aufwand gerechtfertigt, um weiter gute Arbeit leisten zu können.

Der Ausschuss sprach sich einstimmig dafür aus, das Thema zunächst in den Haushaltsberatungen abzustimmen.

6	Aufbau eines „Cybersicherheits-Clusters Bonn“; hier: Mitgliedschaft im neu zu gründenden Verein	
---	--	--

Herr Dr. Tengler merkte an, dass Datensicherheit nicht nur ein Thema der Wirtschaft sei, sondern jeden Haushalt betreffe. Die Probleme und die Schäden, die in der Wirtschaft oder bei Privaten entstünden, würden immer größer. Nach einer Untersuchung waren in 2014/2015 rd. 69% aller Unternehmen in Deutschland von Datendiebstahl, Spionage oder Sabotage betroffen. Auch wenn es abstrus klinge, aber dieses Thema stelle auch einen wachsenden Markt dar. Es gäbe kaum Bereiche, wo so viele neue Unternehmen, so viele neue Arbeitsplätze entstünden, die gerade mit Cybersicherheit zu tun hätten. Das hätten auch die Hochschulen in der Region erkannt, die schon zahlreiche Projekte umgesetzt und auch Ausbildungsgänge eingerichtet haben. Diese Entwicklung war auch schon in Zusammenhang mit der Bonn/Berlin-Arbeit zu sehen, zumal neue Einrichtungen des Bundes hier in Bonn angesiedelt wurden.

Für den Rhein-Sieg-Kreis mache es strukturpolitisch außerordentlich Sinn, sich mit diesem Thema zu befassen.

Abg. Josten-Schneider betonte, ihre Fraktion unterstütze vom Grundsatz her dieses Anliegen, würde aber auch hier eine Beratung im Rahmen der haushaltsplanerischen Debatte vorziehen.

Abg. Lägel führte aus, dass seine Fraktion mit Zweck, Ziel und den daraus resultierenden Aktivitäten uneingeschränkt übereinstimme und eine Mitgliedschaft befürworte. Allerdings bestehe auch hier hinsichtlich der großen Anschubfinanzierung, die neben dem Mitgliedsbeitrag zu leisten sei, Klärungsbedarf. Zudem bat er um erläuternde Hinweise, für welche Zwecke diese Anschubfinanzierung eingesetzt werden solle. Abschließend wurde eine Evaluation nach zwei Jahren gefordert.

SkB Peter hielt das Ansinnen für zutreffend. Es sei ein Thema sowohl materiell, also der Datensicherheit, aber es ist auch der richtige Strukturansatz, eine Clusterbildung zu betreiben, um Konzentrationsprozesse zu ermöglichen. Vor allen Dingen im Bereich der Wirtschaft. Eine Sammelbewegung zu initiieren, die sich mit Cybersicherheit beschäftigt, sei richtig. Auf der anderen Seite sehe er hier noch viele offene Fragen: Es sei nicht klar, wer zu den Gründungsmitgliedern gehöre; was soll mit der Anschubfinanzierung bezweckt werden; wie viele Mitglieder insgesamt habe der Verein, wann ist eine kritische Größe an Mitglieder/Mitgliederbeiträgen erreicht, um den Geschäftsbereich dieses Vereins aufzunehmen; wann kann es losgehen; wie viele machen mit, damit ein arbeitsfähiger Verein besteht, der ja eine ganz besondere Zielsetzung hat?

Insofern schließe er sich einer Verschiebung der Entscheidung an, um diese Fragen im Zuge der Haushaltsberatungen zu klären.

Abg. Hoffmeister stellte zusammenfassend fest, dass dieses Thema von allen positiv bewertet werde. Gleichzeitig stellte er fest, dass Bonn einen Vorsprung habe. Im

13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Kreisgebiet seien wenig repräsentative Unternehmen vertreten. Natürlich bestehe das Fraunhofer Institut und Hochschulen.

Gleichwohl müsse das Anliegen weiter unterfüttert werden. Seine Fraktion verstehe gut, dass die Wirtschaftsförderung auf das Erreichte sehr stolz ist, einfach deswegen, weil es der richtige Ansatz ist, das richtige Bündnis. Aber zu welchem Zeitpunkt könnte es losgehen, welche Chancen hätten der Rhein-Sieg-Kreis und auch die Gründungsmitglieder.

Herr Dr. Tengler bemerkte hierzu, dass nach seinem Kenntnisstand noch gar keine Beschlüsse von anderen Gründungsmitgliedern gefasst worden seien. Gründungsmitglieder wollen neben der Stadt Bonn die Telekom, DHL, die Universität und die Hochschule Bonn/Rhein-Sieg, das Fraunhofer Institut, das SEK in Wachtberg und die IHK Bonn/Rhein-Sieg werden. Es sei wichtig, mit den „Zugpferden“ zu beginnen, um noch mehr mittelständische Unternehmen mitnehmen zu können.

Der Ausschuss sprach sich einstimmig dafür aus, das Thema zunächst in den Haushaltsberatungen abzustimmen.

7	Fortführung der Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg	
---	---	--

Abg. Josten-Schneider führte aus, dass die Vorlage selbsterklärend sei und ihre Fraktion dem Beschluss uneingeschränkt zustimme.

Abg. Hoffmeister erklärte, seine Fraktion befürworte das Vorgehen, weil mit einem geringen Einsatz von eigenen Finanzmitteln im Verhältnis zum Gesamtvolumen unter Einbeziehung der Landesebene, die auch noch mit Abstand am meisten bezahle, wirklich gute Arbeit geleistet werde.

Abg. Lägel bekannte, obwohl die Regionalagentur schon lange existiere, sei ihm erst nach Studium der Vorlage bewusst geworden, um welche positive und segensreiche Einrichtung für die Bürgerinnen/Bürger es sich handelt. Seine Fraktion stimme den Ausführungen vollumfänglich zu.

B.-Nr.: Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus empfiehlt dem Kreisausschuss
AWT 2/14 folgenden Beschluss:

- a) **Der Ausschuss stimmt der Fortführung der Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg als gemeinsames Projekt mit der Bundesstadt Bonn für den Förderzeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2021 zu.**
Die erforderlichen Haushaltsmittel zur Sicherung der Komplementärfinanzierung werden unter dem Vorbehalt der Förderzusage durch die Bezirksregierung Köln und der Zustimmung der Gremien der Bundesstadt Bonn bereitgestellt.
- b) **Der Ausschuss spricht sich dafür aus, auch für die nächste Förderphase – unabhängig von der reduzierten Zuwendungshöhe – die Personalausstattung der Regionalagentur Bonn/ Rhein-Sieg mit 2,5 Vollzeitkräften beizubehalten.**

Abst.- einstimmig
Erg.:

13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

8	Sachstand REGIONALE 2025	
---	--------------------------	--

Herr Dr. Tengler wies darauf hin, dass ein sehr ausführlicher Sachstandsbericht den Fraktionen übermittelt wurde.

Er führte weiter aus, dass es am 27.08.2018 eine erste Sitzung des Lenkungsausschusses gegeben habe. Der Lenkungsausschuss setze sich zusammen aus den Landräten der drei Kreise und dem geschäftsführenden Vorstand des Vereins Region Köln/Bonn e.V. Der Lenkungsausschuss ist das Entscheidungsgremium. Im Lenkungsausschuss wurden 2 Projekte mit einem B-Label und 11 Projekte mit einem C-Label bewertet

Zudem sei ein Politischer Fachbeirat, besetzt aus benannten Vertretern des Kreistages, eingerichtet worden.

Herr Landrat Schuster habe in der Vergangenheit jede REGIONALE-Kommune im Rhein-Sieg-Kreis bereist, sich die einzelnen Projekte vorstellen lassen und weitere Beratung und Unterstützung in der Entwicklung der Projekte angeboten. Alle sieben beteiligten Kommunen seien hoch motiviert und bestrebt, eine Qualifizierung bzw. Weiterqualifizierung ihrer Projekte zu erreichen.

Daneben seien auch eine Reihe von Projekten aus dem privaten Raum, also von Unternehmen, entwickelt worden. Diese werden natürlich auch weiterhin im Qualifizierungsprozess begleitet bzw. beraten.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Hinweis der Schriftführung:

Die Zusammenfassung des Berichts ist als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügt.

Aus Kostengründen wird der Sachstandsbericht „Informationen zur 1. Sitzung des Lenkungsausschusses der REGIONALE 2025-Agentur GmbH“ ausschließlich der digitalen Niederschrift im Kreisinformationssystem beigefügt sowie auf der Internetseite (www.rhein-sieg-kreis.de) eingestellt.

9	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

9.1	Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und DIE GRÜNEN vom 12.07.2018: Metropolregion Rheinland e.V.	
-----	--	--

Abg. Steiner begrüßte die umfangreiche Antwort der Verwaltung. Er betonte deutlich seine Erwartung, dass die Metropolregion Rheinland (MRR) und auch die Geschäftsstelle sich nun endlich den Aufgaben widme, für die sie gegründet worden sei. Seine Fraktion hoffe, dass der Geschäftsführende Vorstand entsprechende Signale setze.

Abg. Hoffmeister führte aus, seine Fraktion stehe in Solidarität mit Herrn Landrat Schuster. Die MRR habe sich noch nicht gefunden. Es sei aber auch zu bedenken, dass jetzt fünf obere Verwaltungsebenen bestehen, und zwar Kreis, Bezirksregierung, LVR, Regio und MRR.

Abg. Lägel verwies auf die Entscheidung des Kreistages vom 30.01.2017. Hier sei eine Evaluation nach drei Jahren gefordert worden. Die Fraktionen CDU/DIE GRÜ-

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

NEN hätten diese Forderung durch den jetzt gestellten Antrag vorgezogen. Allerdings fordere die SPD-Fraktion, dass der gefasste Beschluss trotzdem eingehalten werde und eine weitere Evaluation nach drei Jahren Gründungszeit MRR stattfinde.

SkB Peter betonte, dass diese Anfrage zum richtigen Zeitpunkt gestellt worden sei. Durch einige Indikatoren war es sinnvoll, steuernd einzugreifen. Er habe weiterhin große Bedenken! Wie Abg. Hoffmeister schon ausgeführt habe, bestehen fünf vergleichbare Ebenen, die teilweise miteinander konkurrieren. Hier müsse jetzt ein Bereinigungsprozess stattfinden. Dieses Anliegen sei mit der vorliegenden Anfrage zum Ausdruck gekommen. Er unterstütze auch das Ansinnen, dass die 3-Jahresfrist eingehalten werden solle, um über die MRR-Tätigkeit kurzzeitig unterrichtet zu sein und ggf. einschreiten zu können.

Abg. Steiner bestätigte diese Aussagen. Es sei richtig, zum jetzigen Zeitpunkt korrigierend einzugreifen. Auch er sei für eine erneute Evaluation entsprechend des Beschlusses des Kreistages. Allerdings schob er auch ein, dass dies auch früher sein könne, wenn hierfür eine Notwendigkeit bestehe. Er hoffe jedoch, dass dies nicht erforderlich werde.

Abg. Hoffmeister bemerkte, dass die Lage jetzt akut sei. Die MRR erscheine ziemlich ratlos. Zudem werde der Geschäftsführer von denjenigen kritisch gefragt, die ihn „installiert“ hätten. Insofern sei jetzt der richtige Zeitpunkt, sich mit dem Thema zu befassen und die weitere Entwicklung eng zu beobachten.

Abg. Josten-Schneider ergänzte, dass dieses Thema wohl häufiger auf der Tagesordnung stehen und den Ausschuss weiter begleiten werde. Sie bedankte sich ausdrücklich für die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung.

9.2	Ergebnisse der Umfrage zu kommunalen Online-Stadtportalen im Rhein-Sieg-Kreis	
-----	---	--

Abg. Josten-Schneider wies darauf hin, dass die Antwort der Verwaltung –Zusammenfassung der Umfrageergebnisse- zur Beratung in die Fraktion genommen werde. Gerade die Bewertung bedürfe einer vertiefenden Beratung, um zu entscheiden, wie die Ergebnisse tatsächlich verwertet werden können. Konkret habe man entnommen, dass ein Bedürfnis nach Schulungsmaßnahmen bestehe. Aufgrund der Vielzahl der unterschiedlichen Internetportale sei es jedoch nicht möglich, eine Schulungsmaßnahme anzubieten, die alles abdecken könne.

Herr Dr. Tengler ergänzte zur Vorlage, dass es weitere Gespräche mit Vertretern der IHK und des Einzelhandelsverbandes Bonn/Rhein-Sieg/Euskirchen gegeben habe, in denen bestätigt worden sei, dass das Engagement des Einzelhandels gering sei. Zudem habe die Einstellung des Projektes „All you need-City Bonn“ das Übrige dazu beigetragen. Bonn habe mit der DHL einen leistungsfähigen Online-Handel-Partner gefunden. Aber trotz Unterstützung habe die DHL dieses Projekt als zu aufwendig aufgegeben. Hieraus sei zu sehen, wie schwierig die Materie sei. Wenn es schon die Stadt Bonn mit dem Partner DHL nicht schaffe, ihre Unternehmen für den Online-Handel zu gewinnen, wie sollten das unsere Kommunen schaffen können?

Aus dieser Sachlage heraus sei von der Entscheidung Abstand genommen worden, ein Qualifizierungsangebot aufzulegen. Hoffnung mache, dass im Berufskolleg der Ausbildungsberuf E-Commerce-Kauffrau/Kaufmann eingeführt worden sei. Es werde davon ausgegangen, dass dadurch sukzessive Kompetenz entstehe. Der Rhein-

13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sieg-Kreis beschränke sich zurzeit in Zusammenarbeit mit IHK und dem Einzelhandelsverband auf Angebote zu einzelnen Themen in Form von Workshops oder Infoveranstaltungen.

SkB Peter teilte mit, dass er aufgrund seiner Tätigkeit im Wirtschaftsausschuss der Stadt Siegburg die Umfrage „Digital – Kundennah“ (Projekt der Stadt Siegburg) mit-erarbeitet hätte. Die Stadt Siegburg eröffne eine Online-Plattform im 4. Quartal 2018. Im Rahmen der Entwicklung sei festgestellt worden, dass nur ein geringer Anteil der Einzelhändler in der Lage sei, aufgrund des Warenwirtschaftssystems in digitaler Form an einem solchen Portal teilzunehmen. Im Rahmen der Erarbeitung wurde die Frage gestellt, wie sich die Finanzierung gestalten. Kein Unternehmen wollte sich an etwaigen Entwicklungskosten beteiligen. Die Stadt Siegburg habe dieses Projekt dann als Infrastrukturaufgabe gewertet und im Rahmen der Überarbeitung des bestehenden Internetauftritts das Portal geschaffen, verbunden mit dem kostenlosen WLAN-Angebot, welches auch ab dem 4. Quartal in der Siegburger Innenstadt bestehe. Hierüber werde versucht, eine höhere Akzeptanz zu erhalten. Abschließend erklärte er, dass sich Unternehmen sehr schwer tun, sich mit der digitalen Welt auseinanderzusetzen. Von dieser Illusion müssten wir Abstand nehmen.

Abg. Hoffmeister bestätigt diese Aussagen. Selbst Bad Honnef, wo die Maßnahme gefördert werde, erhalte nur einen geringen Zuspruch. Das Ziel, 150 Unternehmen für das Stadtportal zu gewinnen, sei unerreichbar, obwohl Bad Honnef mit 35 - 55 Unternehmen über dem Schnitt liege.

Die sv. Vorsitzende, Abg. Becker, fasste abschließend zusammen, dass dieses Thema weiterhin den Ausschuss begleiten werde.

9.3	Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises in die Naturarena Bergisches Land GmbH	
-----	--	--

Frau Kohlhaas verwies zunächst darauf, dass dieses Thema in der letzten Sitzung des AWT am 06.06.2018 ausführlich vorgestellt und diskutiert worden sei. Inzwischen werden in den politischen Gremien des Oberbergischen Kreises und des Rheinisch-Bergischen Kreises entsprechende Beschlussvorschläge zur Aufnahme des Rhein-Sieg-Kreises vorbereitet. Zur nächsten Sitzung des AWT werde der Entwurf eines Gesellschaftervertrages sowie einer Beitragssatzung vorliegen, die dann zur Beratung gestellt werden.

Abg. Hoffmeister verwies in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Arbeit von „Bergisch hoch 4“, die in dieser Region erfolgreich tätig sei.

9.4	Sachstand Breitband	
-----	---------------------	--

Herr Dr. Tengler teilte mit, dass ein erster Spatenstich am 22.08.2018 in Much stattgefunden habe. Beim Bundesfördermittelgeber lägen jetzt alle notwendigen Unterlagen vor, um den Förderbescheid für alle Lose in endgültiger Höhe bewilligen zu können. Er hoffe, dass dies nun auch zügig geschehe, da es bei den betroffenen Regionen kein Verständnis für den schleppenden Fortgang des Projektes gebe.

Ende des öffentlichen Teils

13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.09.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

10	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Hierfür lagen keine Wortmeldungen vor.

Gisela Becker
sv. Vorsitzende

Gisela Jacob
sv. Schriftführerin